

Der angeschlagene Nixon : Washington nach den November-Wahlen

Autor(en): **Mahn, Christina**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **49 (1970)**

Heft 12

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

untergründige Animosität im Innern, vor allem aber die destruktive Aggression nach aussen.

So paradox es klingen mag: Eine gründliche Erforschung zwischenmenschlicher und zwischenstaatlicher Verhältnisse wird vielleicht eines Tages ergeben, dass eine Erziehung zum Streit der beste Weg zum Frieden unter den Menschen ist.

Abkürzungen:

FF: Friedensforschung, hg. von *E. Krippendorff*. Köln/Berlin 1968

FP: Friedenspädagogik, hg. von *H. Röhrs*. Frankfurt a. M. 1970

Christina Mahn (Washington)

Der angeschlagene Nixon

Washington nach den November-Wahlen

Washington. – Das Geschrei nach Ruhe, nach Gesetz und Ordnung, das seit dem Tode der Kent-State-University-Studenten nicht mehr verstummen wollte und im Frühsommer mit Grabesglocken den Wahlkampf ankündigte, hat der Republikanischen Partei keinen guten Dienst getan. Die Wahlen für das Repräsentantenhaus, einen Teil des Senats und mehrere Gouverneursessel hatten zwei Resultate: Einmal einigte der fast schon faschistische Ruf des Präsidenten Nixon und der in der politischen Rechten kaum noch einzuordnende Vizepräsident Agnew die Demokratische Partei, die bis zum Wahlgang, dem 3. November, das Image einer Schlachthaus-Convention von Chicago mit sich herumschleifte. Zum zweiten zeigte es einer mit demokratischen Spielregeln sehr unfair umgehenden Administration die Grenzen ihrer eigenen Macht, ihrer konservativen Maschinerie.

Mit dem Sieg der Demokraten, die weiterhin die Kontrolle aller Politik machenden Organe in Washington behalten, erteilte sich Amerika selbst eine recht gute Note im Fach «gelebte Demokratie». Der Verlauf der Wahlnacht selbst glich einem politischen Kriminalroman. Die Hochrechnungscomputer der grossen TV-Anstalten gaben bereits um 11 Uhr Er-

gebnisse, die einem auf Zahnpastareklame oder Herrenmodevorführer getrimmten Agnew, dem Maschinengewehr des blinden, konservativen Gehorsams, das breite Lächeln gefrieren, seine fast schon ermüdende Kritik an den Massenmedien verstummen liessen. Und man brauchte nicht erst das Morgengrauen abzuwarten, um Ideen und Figuren zum kommenden Präsidentschaftswahlkampf Gestalt annehmen zu sehen.

Um bei den Verlierern der Wahl zu bleiben: Es ist bekannt, dass Nixon mittels Agnew half, den rebellischen, von der Parteilinie nicht erst seit der Kambodscha-Entscheidung weggaloppierenden New Yorker Senator Goddell abhalftern zu helfen. Die Weisse-Haus-Unterstützung für den Konservativen James Buckley kündigte die politische Ehe an, die da vor den 1972er Wahlen geschlossen werden soll. Nixon plant, sich vom Vorstand der Republikanischen Partei das O. K. zu holen, 1972 als Kandidat beider Parteien, also auch der ganz rechten Konservativen Partei, ins Rennen zu gehen. Wie es aussieht, wird die republikanische GOP Tricky Dick diesen Trick nicht vermasseln wollen. Spekulationen haben begonnen, dass Nixon sich Buckley als Vizepräsidentenskandidaten holen will. Es besteht durchaus berechtigter Zweifel daran, ob er sich angesichts der Zerstrittenheit in der eigenen Partei Agnew noch ein zweites Mal leisten wird und leisten kann. Unüberhörbar sind kritische Stimmen aus zwei Lagern der Republikaner: Mehr und mehr «Liberale» distanzieren sich von der Politik des Weissen Hauses. Ihre prominentesten Sprecher sind Oregons Senator Hatfield, der der beredteste Gegner der Invasion von Kambodscha war und nicht aufhört, auf die amerikanische Präsenz in Laos hinzuweisen, die seit Monaten über das übliche CIA-Agentenfussvolk hinausgeht. Die andere Stimme, Goddell aus New York, hat die Quittung für seine Kritik abbekommen: Nixon schickte Agnew in den Staat New York, in dem sich als erstem US-Bundesstaat die extreme Rechte von der Republikanischen Partei abgespalten und eine eigene Partei, die Konservative Partei, gegründet hat, der andere regionale folgen sollen. Vor allem dem Südstaatenrepublikanertum ist der Ruf nach Gesetz und Ordnung – selbst eines Mister Agnew – nicht schrill genug!

Ein solchermassen geschwächter, von der Grossindustrie unterstützter Apparat ist der Gegner der Demokraten, die sich in der Wahlnacht rüsteten, sich das Weisse Haus zurückzuerobern. Der Mann, auf den man seine Hoffnungen setzt, ist Senator Muskie aus Maine. Als Gefolgsmann Humphreys in dem 1968 verlorenen Präsidentschaftswahlkampf auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus bekannt geworden, entwickelte er sich mehr und mehr zum Kritiker Nixons. Er konnte es nunmehr zwei Jahre unangefochten tun. Nichts hemmte ihn; er fuhr keine Sekretärin in einer dunklen Nacht über ein Brückengeländer. Als Nixon am Vorabend der Wahl Sendezeit bei allen TV- und Rundfunkstationen kaufte, bettelte Muskie für die seit dem letzten Präsidentschaftswahlkampf mit neun Millionen Dollar verschuldete Demokratische Partei um gleiche

Chancen. Er erhielt sie und präsentierte sich mit wohlgesetzten, unpathetischen Worten einer Nation als die andere Möglichkeit: die Nixon-Alternative, als Sprachrohr einer durch Kampf geeinten Partei.

Er siegte in seinem Staat mit ebenso überwältigender Mehrheit wie seine Senatskollegen Humphrey (Minnesota) und Kennedy (Massachusetts). Landauf, landab sieht man in ihm den Mann, der Nixon entthronen kann. Seine Bereitschaft dazu gibt er öffentlich zu. Im Gegensatz zu Kennedy, der wiederholt betonte, kein Präsidentschaftskandidat für 1972 zu sein. Edward M. Kennedy, der nur in seinem Staat Wahlreden hielt, wird jedoch weiter im Gespräch sein. Der mit Geschichte verflochtene Name Kennedy dürfte aber kaum die Wogen seines «Badeunfalles» glätten, der ein Menschenleben kostete. Wie sehr ihn Parteikollegen mit Vorsicht geniessen, beweist allein auch die Tatsache, dass ihn sein mit überwältigender Mehrheit zum Senator von Kalifornien gewählter Studienkollege Tunney bat, unter keinen Umständen während des Wahlkampfes in Kalifornien aufzutauchen. Doch Kennedy hat Zeit. Er ist erst 39, kann mit Ruhe abwarten, bis sich die Wogen vollkommen geglättet haben und dem Kennedyschen Ehrgeiz nicht mehr im Wege stehen.

Insgesamt haben die Demokraten alle Chancen, Nixon zu einem Ein-Periode-Präsidenten zu machen. Die innenpolitische Lage kann nur mit Methoden sozialer Demokratie gebessert werden, die konservativem Republikanertum nicht «gelegen» sind. Die aussenpolitische Lage muss Nixon im eigenen Interesse verbessern. Er versprach, den Vietnamkrieg bis 1972 zu beenden. Gelingt es ihm, das gegen die Wünsche der Rüstungsindustrie zu tun, wird er als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen. Doch für den Krieg nur die Demokraten verantwortlich machen zu wollen – so wie er es oft und gerne tut –, ist lächerlich. Denn wer die Geschichte des Eisenhower-Vizepräsidenten kennt, der weiss auch, dass Richard Nixon vergeblich seinen Chef dazu zu bringen versuchte, die französischen Indochinakämpfer mit Waffen und Menschen zu unterstützen. Doch daran erinnert sich der 37. Präsident der USA genauso ungerne wie an seine Vergangenheit als Kommunisten- und Linksliberalen-Jäger in der Blütezeit McCarthys.

Arbeitslosenziffern, steigende Inflation und Streiks erschüttern das Land und seine Wirtschaft. Die Integration der Negerbevölkerung tritt auf der Stelle, macht Rückschritte im Süden.

Nixon, der ebenso mittelklasse-amerikanisch ist wie Apfelkuchen, ist kein Mann des Volkes. Auch wenn er es noch so oft betont, dass ihn vom Durchschnittsbürger nur Amt, Würde, Lasten und etwas mehr Gehalt unterscheiden. Der Mittelklassebürger will auch das, was der erste Mann aus kleinen Verhältnissen anstrebt: Ruhe, Ordnung und billige Brötchen. Doch die Nixon-Mittel dafür lehnt er ab. Siehe Wahlergebnis.

Um es in die Worte des Vorsitzenden der Demokratischen Partei zu kleiden: Lawrence O'Brien nannte den Versuch von Nixon und Agnew,

die Zügel der politischen Apparate Washingtons in die republikanischen Hände zu bekommen, «eine Demonstration von Politik des Angstmachens, von bewusstem Auseinanderschüren der Bürger und von Schmutz». O'Brien ging so weit, dass er Nixon selbst beschuldigte, mit vollem Bewusstsein den vorhandenen Instinkt der Angst unter seinen Landsleuten zu schüren.

In der Innenpolitik sind sich die Demokraten einig. Doch aussenpolitisch soll man sich nicht täuschen lassen. Sicherlich wollen sie einen baldigen Abzug aller US-Streitkräfte aus Vietnam – «bis auf eine Art von Wache, wie sie in Korea blieb». Aber einen Isolationismus, wie ihn der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses im Senat, William Fulbright, betreibt, will man nicht. Die Mehrzahl ist gegen eine Politik, die Amerika zu einer Festung macht, glaubt an Internationalismus sozialdemokratischer Prägung.

Interessant ist die Reaktion Muskies nach der Wahl. Galbraith, den man fast den Chefideologen der Demokraten nennen kann, vertritt eine deutliche Wende seiner Partei zum Sozialismus, sieht darin die einzige Rettung der «kranken amerikanischen Gesellschaft und Politik». Muskie stimmt dem zu, so weit es nicht den Wirtschaftsbereich betrifft. «Dort riecht Sozialismus nach staatlicher Wirtschaftskontrolle, die ich strikt ablehne.»

Vom Januar 1971 an wird Nixon eine politische Figur sein, deren Dasein die amerikanische Politologie mit «lahme Ente» bezeichnet. Dann wird sich herausstellen, ob er nur der Repräsentant seiner Partei ist oder aber der Präsident einer Nation. Bleibt er ersteres, so dürfte sich in den brennenden Problemen des Landes keinerlei Lösung abzeichnen. Ist er letzteres, das heisst bemüht er sich darum, letzteres zu werden, so muss er «bipartisan» werden, nach Arrangements mit den Demokraten suchen. Ein hartes Unterfangen für einen Menschen seines Charakters, der keinen Widerspruch duldet und mit den Worten hausieren geht: «Um eines klarzustellen. Ich bin der Präsident, ich treffe die Entscheidungen!»

Seine erste Wahlkonsequenz soll er bereits getroffen haben. Kreise, die üblicherweise mit den Worten «gut unterrichtet» als Nachrichtengeber zitiert werden wollen, behaupten, Agnew sei so gut wie ausgebootet. Der Mohr hat geschimpft und geschrien. Der Erfolg seines Handelns ist ein Sieg der Demokraten. So muss er halt abtreten. Und die Presse der USA und der Welt um einige deftige Worte und Zitate verarmen lassen.